

Was  
ist in unserer Zeit  
von

S y n o d e n  
zu erwarten?

---

Von  
Dr. Johann Sebastian v. Drey.

ordentl. Professor an der katholisch = theologischen Fakultät  
zu Tübingen.

---

(Aus der theologischen Quartalschrift 1834 2tes Heft, besonders  
abgedruckt.)

---

T ü b i n g e n,  
bei Heinrich Laupp.

1834.

LXIII 160.

R

nicht zu entschuldigende Benehmen der Bischöfe, welche die letzten Reichsfürsten waren, die, nachdem sie als Fürsten pensionirt worden, sich auch als Bischöfe für pensionirt ansahen; hierauf die lange Erledigung der bischöflichen Stühle, und die Zersplitterung der bischöflichen Rechte unter Generalvicare und weltliche Behörden, wobei man, besonders die Staatsgewalt, sich gewöhnte, Bischöfe für überflüssig zu erachten; alsdann bei der endlichen Besetzung der Bisthümer, neben ehrenvollen Ausnahmen nicht immer die besten Wahlen, mitunter darum, daß bei aller Achtbarkeit der Personen theilweise betagte oder hochbetagte Herren auf die bischöflichen Stühle kamen, denen das Alter die Kraft versagte, und Kraft ist eine wesentliche Bedingung der Achtung, oder auch solche, die bis dahin kirchlichen Geschäften fremd gewesen waren. Nach Besetzung der Bisthümer die Fortdauer jener Beschränkungen der Ordinariate durch weltliche Behörden, welche sich während der langen Sedisvakanz gebildet hatten. Endlich, was auch die bescheidensten Verehrer des Episkopats sich nicht verhehlen, ein unsicheres, schwankendes, furchtsames Auftreten mancher Ordinariate, welches sie vielleicht durch die Klugheit sich aufgelegt glauben, aber doch nicht geeignet seyn dürfte, ihnen von irgend einer Seite als Verdienst angerechnet zu werden; so wie auch die Bessern und Besten in manchen gewiß nothwendigen und dringenden Einrichtungen des Verfallenen, die oberhirtliche Thätigkeit vermissen, wenn sie sich auch unbescheidener Anklagen vor dem Publicum enthalten. Sehen wir nun zu diesen ungünstigen Verhältnissen, die seit längerer Zeit andauern, die Verschiedenheit in der theologischen und kirchlichen Denkweise neben der Freiheit und oft Frechheit im Auspres-



Scenen übergienge, wie wir sie mit Wehmuth in manchen Verhandlungen unserer ständischen Kammern gesehen haben; und das waren doch nur Verhandlungen in weltlichen Sachen!

12) Kommen wir nun an die Beschlüsse! Mehrere Stimmen, die man in H. Strassers Schrift S. 90 f. finden kann, haben unerfreuliche Beschlüsse der Diöcesan-Synoden ahnend, den Grundsatz aufgestellt, daß die Pfarrer bloß eine beratende Stimme haben, der Bischof aber entscheiden soll. Das geht aber nicht an; wenn der Bischof bloßen Rath von seinen Geistlichen verlangt, so thut er am besten, wenn er nur die, welchen er sein Zutrauen schenkt, entweder schriftlich um ihre Meinung fragt, oder sie zu einer Conferenz beruft. Wenn aber eine Synode seyn soll, so müssen Beschlüsse gefaßt werden, und Stimmenmehrheit muß entscheiden. Wohl-gemerkt, daß nach dem katholischen Princip dem Bischöfe das Recht zusteht, einzelnen Beschlüssen seine Zustimmung zu geben, oder sie zu verwerfen, auf die Weise, wie in constitutionellen Staaten der Regent dieses Recht in Beziehung auf die Beschlüsse der Stände übt; denn gleichwie die vermöge der monarchischen Verfassung dem Fürsten einwohnende Regierungsgewalt durch Einberufung einer Ständeversammlung nicht ruhend gemacht, auch nicht auf diese übertragen oder mit ihr getheilt wird, ebenso wenig kann dieß durch Einberufung einer Synode mit der kirchlichen Regierungsgewalt des Bischofs geschehen, die nach der Grundverfassung der katholischen Kirche (für seinen Bezirk) in seiner Person ruhet. Ich lasse es dahingestellt seyn, ob diejenigen, welche so laut nach Synoden rufen, und durch sie große Dinge auszuführen hoffen, hieran

den von ihnen geltend gemachten politischen Gründen abgeändert werden, und ist nicht an diesen ein großer Theil, der von dem Concilium beschlossenen Verbesserungen in der Ausführung gescheitert? Und wie sehr hat sich seit dem sechszehnten Jahrhundert der Einfluß der Politik auf kirchliche Angelegenheiten gesteigert? Aber gerade darin finde ich einen neuen Grund zu zweifeln, ob diese Politik die Abhaltung von Synoden gestatten wird; ich will für gewisse Leser eine Auctorität anführen, der sie vielleicht lieber glauben als mir. Eichhorn in seinem Kirchenrecht, Bd. II. S. 9., nachdem er zuerst von der Wirksamkeit der Provincial- und National-Concilien in den frühern Zeiten gesprochen, fährt fort: „dagegen können beide Institute, nach der Beschaffenheit der neueren Disciplin und der jetzigen Stellung der Kirche gegen den Staat, nur ausnahmsweise von Nutzen seyn. Der römische Stuhl unterwirft jede wahre Veränderung der bestehenden Disciplin in einem solchen Umfang seinem Urtheil, daß er damit einer Particularkirche überhaupt alle Autonomie abspricht, und somit alle organische Gesetzgebung in Disciplinarsachen ausschließend zu einem Recht des päpstlichen Primats macht. Solange sich eine Particularkirche diesem System fügen zu müssen glaubt, wird daher jede entschiedene Veränderung der bestehenden Disciplin immer die Mitwirkung des Papsts erfordern. Außer dieser ist aber auch die Zustimmung des Staats nothwendig, und dadurch wird es das Einfachste, in solchen Fällen lieber geradezu eine durch unmittelbare Verhandlung des letztern mit dem römischen Stuhle vorbereitete Verfügung des Papstes, die für nöthig erachteten Bestimmungen einfüh-



te; hier, sagt er, würde allerdings eine Vereinigung der Bischöfe auch noch jetzt der verfassungsmäßige Weg seyn, ihre Rechte festzustellen und zu vertheidigen. S. 12. Ob übrigens der Verfasser diesen Fall irgendwo für wahrscheinlich oder nahe halte, darüber findet sich bei ihm keine Andeutung, ich meinerseits bekenne, daß ich weder das Eine noch das Andere glaube.

16) Sehen wir aber auch den Fall, eine Staatsregierung erkenne den großen Vortheil, den ihr die neuere Disciplin der Kirche darbietet, daß sie über neu einzuführende Anordnungen nicht nöthig hat, mit einer großen Versammlung zu unterhandeln, und den Widerspruch vieler oder doch mancher Unabhängiger in derselben zu bekämpfen, sondern es nur mit wenigen aus Abhängigkeit fügsamen, der bischöflichen Curie zu thun hat, — (denn das ist es doch, was Eichhorn das Einfachste, Angemessenste und Passendste für den Staat nennt) sehen wir also, daß eine Staatsregierung diesen Vortheil erkenne, oder daß sie dem Scheine des Liberalismus zulieb einmal darauf verzichte, oder aus andern Gründen, z. B. wegen der Landesverfassung eine Synode gestatten müsse; kann sie nicht alle Verhandlungen und Beschlüsse derselben entkräften durch das dritte, von ihr angesprochene, und von allen neuern, selbst kirchlich gesinnten Rechtslehrern ihr zugestandene Recht der Genehmigung, ohne welche die Beschlüsse der Synoden weder in forma bekannt gemacht, noch in Vollzug gesetzt werden können? Man braucht nicht eben anzunehmen, daß eine Regierung rücksichtlich der Verweigerung dieser Genehmigung Willkühr üben wolle; es könnten